



**Bund Evangelisch-Freikirchlicher  
Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.**  
[www.baptisten.de](http://www.baptisten.de)

# **ORDNUNG**

## **für rechtlich selbstständige Einrichtungen im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem BEFG**

**Vom Bundesrat beschlossen am 7. Mai 2005  
und geändert am 18. Mai 2007 und am 30. Mai 2014.**



## Präambel

Bekenntnis und Aufgaben des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (nachstehend Bund genannt) und der in ihm zusammengeschlossenen Gemeinden sind in der Präambel der Verfassung des Bundes festgelegt. Zur Erfüllung der „Aufgaben durch Zeugnis und Dienst“<sup>1</sup> haben der Bund, die Landesverbände, die Gemeinden oder ihre Mitglieder zusätzliche, rechtlich selbstständige Einrichtungen gegründet oder übernommen.

Die Zuerkennung des „Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund“ an diese Einrichtungen unterstreicht die bestehende enge geistliche Verbundenheit durch die gemeinsame Glaubensgrundlage sowie durch die gemeinsame evangeliumsgemäße Zielsetzung. Diese Einrichtungen sind Teil der Lebens- und Wesensäußerung des Bundes als einer evangelischen Freikirche, indem sie kirchenspezifische Aufgaben wahrnehmen.

Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung räumt den Religionsgemeinschaften ausdrücklich das Recht ein, innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Vorzugsregelung auf solche Einrichtungen ausgedehnt<sup>2</sup>, die sich trotz ihrer rechtlichen Selbstständigkeit als Lebens- und Wesensäußerung der Kirche verstehen, wenn sie sich nach ihrem Zweck und ihren Aufgaben an dem Auftrag der Kirche in dieser Welt beteiligen und organisatorisch mit der Kirche verbunden sind. Durch die Zuerkennung des Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund erkennt der Bund an, dass eine Einrichtung die Voraussetzungen für diesen besonderen Status erfüllt.

Diese Ordnung dient der in der statuierten Bekenntnisgemeinschaft ausgedrückten Verknüpfung und damit der Rechtssicherheit von Bund und Einrichtungen.

---

<sup>1</sup> Präambel der Verfassung des Bundes

<sup>2</sup> Urteil des BVerfGE vom 11.10.1977, Aktenzeichen II BvR 209/76 (Band 46 – Seite 73) und Folgeurteile



## § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Ordnung gilt für rechtlich selbstständige Einrichtungen, die gemäß Artikel 19 der Verfassung des Bundes im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund stehen.
- (2) „Der Bund kann den Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund rechtlich selbstständigen Einrichtungen, die er selbst nicht betreibt, zuerkennen, wenn deren Zielsetzung und Arbeitsweise der Präambel und den Aufgaben gemäß der Verfassung des Bundes entsprechen<sup>3</sup>.
- (3) Die Zuerkennung des Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund erfolgt durch Beschluss des Bundesrates auf Antrag der Einrichtung; sie bedarf der Empfehlung des Präsidiums des Bundes. Sie wird wirksam, wenn die Einrichtung diese Ordnung als verbindlich anerkennt.
- (4) Die Bestimmungen des Artikels 19 der Verfassung des Bundes über „Rechtlich selbstständige Einrichtungen im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund“ bleiben hiervon unberührt.

## § 2 Tätigkeitsbereiche der Einrichtungen

- (1) Einrichtungen im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund sind in Bereichen tätig, die der Zielsetzung und den Interessen des Bundes gemäß der Präambel seiner Verfassung entsprechen.

---

<sup>3</sup> Der vom Bundesrat am 7. Mai 2005 angenommene Artikel 19 der Verfassung des BEFG lautet:

- (1) Der Bund kann durch Beschluss des Bundesrates rechtlich selbstständigen Einrichtungen, die er selbst nicht betreibt, den Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund zuerkennen, wenn deren Zielsetzung und Arbeitsweise der Präambel und den Aufgaben des Bundes gemäß seiner Verfassung entsprechen. Der Bund unterstützt sie nach seinen Möglichkeiten gemäß Artikel 5 Abs. 1.
- (2) Der Bundesrat erlässt eine „Ordnung für rechtlich selbstständige Einrichtungen im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund“, die für die betreffenden Einrichtungen verbindlich ist.
- (3) Diese Einrichtungen müssen ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen. Sie verwalten ihre Angelegenheit selbst; sie haben der Treuhandstelle gemäß Artikel 18 Abs. 5 der Verfassung des Bundes nachzuweisen, dass ihre Haushaltsführung Gesetz und Satzung entspricht; sie sind gegenüber der Treuhandstelle auskunftspflichtig.
- (4) Ihre Satzungen sowie Beschlüsse, die den bisherigen Satzungszweck verändern oder die Auflösung der Einrichtung betreffen, bedürfen der Zustimmung des Präsidiums des Bundes.
- (5) Der Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund erlischt mit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, im Übrigen auf Beschluss des Bundesrates, wenn die Voraussetzungen gemäß der in Abs. 2 genannten Ordnung nicht mehr erfüllt werden und das Präsidium des Bundes dies empfiehlt.
- (6) Das Präsidium des Bundes kann mit Zustimmung der Finanzsachverständigen des Bundesrates das Ruhen des Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund für eine Einrichtung beschließen, wenn sie die Voraussetzungen gemäß der in Abs. 2 genannten Ordnung nicht mehr erfüllt. Sofern gegen diese Entscheidung, die schriftlich zu begründen ist, binnen eines Monats nach Zustellung keine Überprüfung durch den Bundesrat beantragt wird, erlischt der Status.



- (2) Aufgabengebiete sind u.a. medizinische, therapeutische, pflegerische und soziale Versorgung sowie diakonische, jugend- und familienpflegerische sowie pädagogische Hilfe.

### **§ 3 Der Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund**

- (1) Der Bund unterstützt und fördert die Aufgaben der Einrichtung nach Maßgabe seiner Möglichkeiten.
- (2) Die Einrichtung kann sich in der Öffentlichkeit auf den Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund berufen; sie ist verpflichtet, auf ihre rechtliche Selbständigkeit hinzuweisen.
- (3) Die Einrichtung entsendet entsprechend der Festlegung bei der Zuerkennung des Status Vertreter als Abgeordnete des Bundesrates entsprechend Artikel 8 Abs. 1 Buchst f) der Verfassung des Bundes bzw. § 9 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Bundesrates.
- (4) Der Bund bestätigt der Einrichtung die Zuerkennung des Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund.
- (5) Die Aufnahme in den Status schließt jede Art der Haftung des Bundes für die rechtliche und wirtschaftliche Tätigkeit der rechtlich selbstständigen Einrichtung aus. Ebenso ist eine Haftung der Einrichtung für das rechtliche und wirtschaftliche Handeln des Bundes ausgeschlossen.

### **§ 4 Voraussetzungen für die Zuerkennung des Status der Bekenntnisgemeinschaft**

- (1) Nach Satzung und tatsächlicher Geschäftsführung muss die Einrichtung entsprechend dem Bekenntnis des Bundes und seiner Zielsetzung tätig sein.
- (2) Die Einrichtung muss nach Satzung und tatsächlicher Geschäftsführung gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke gemäß der Abgabenordnung verfolgen.
- (3) Die Vermögens- und Finanzverhältnisse müssen geordnet sein. Die Einrichtung hat rechtzeitig unaufgefordert mitzuteilen, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten eingetreten oder zu erwarten sind.
- (4) Die Einrichtung muss der Treuhandstelle des Bundes unaufgefordert und zeitnah durch Vorlage der geprüften vollständigen Jahresabschlüsse ggf. Zwischenabschlüsse nachweisen, dass ihre Haushaltsführung Gesetz und Satzung entspricht. Sie ist der Treuhandstelle gegenüber gemäß Artikel 19 Abs. 3 der Verfassung des Bundes auf Verlangen jederzeit vollständig auskunftspflichtig.  
Die Treuhandstelle ist verpflichtet, anhand der vorgelegten geprüften Jahresrechnung die wirtschaftliche Situation der Einrichtung zu beurteilen und das Ergebnis der Prüfung dem Präsidium des Bundes mitzuteilen.



- (5) Die Satzung muss die Bestimmung enthalten, dass im Falle der Auflösung oder der Liquidation der Einrichtung das verbleibende Vermögen an den Bund oder mit Genehmigung des Bundes an eine andere Einrichtung fällt, der/die es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne dieser Einrichtung und deren Satzungszwecken verwenden muss; der Bund hat die satzungsgemäße Vermögensverwendung zu sichern.
- (6) Erwartete oder eingetretene Veränderungen der Voraussetzungen, die die Anerkennung der Bekenntnisgemeinschaft berühren, sind umgehend dem Präsidium des Bundes schriftlich mitzuteilen.

## **§ 5 Weitere Anforderungen an die Satzung**

- (1) Mitglieder/Gesellschafter der Einrichtung sollen einer christlichen Kirche<sup>4</sup> angehören; mindestens 75 % der Mitglieder/Gesellschafter müssen einer Gemeinde des Bundes angehören.
- (2) Personen in Leitungs- (Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer) und aufsichtsführenden Organen der Einrichtung müssen Mitglieder einer Gemeinde des Bundes sein. Die Berufung dieser verantwortlichen Leiter bedarf der Zustimmung des Präsidiums des Bundes.
- (3) Die Einrichtung beruft die Mitglieder seiner Organe gemäß den Bestimmungen der eigenen Satzung. Die Satzung muss die Bestimmung enthalten, dass das Präsidium des Bundes einen Vertreter des Bundes in das aufsichtführende Organ entsenden kann.
- (4) Die Satzung und Satzungsänderungen, soweit sie die Ordnungen des Bundes betreffen, sowie ein Beschlussantrag auf Auflösung der Einrichtung bedürfen der Zustimmung des Präsidiums des Bundes.
- (5) Die Satzung muss festlegen, dass die Vertretungsbefugnis jeweils von zwei Vorstandsmitgliedern/Geschäftsführern gemeinsam ausgeübt wird.
- (6) Der Haftungsausschluss gemäß § 3 Abs. 5 ist in die Satzung der Einrichtung als Klarstellung aufzunehmen.

## **§ 6 Mitgliedschaften/Dienstrecht**

- (1) Soweit die Einrichtung im diakonischen Bereich tätig ist, muss sie Mitglied im Verband Freikirchlicher Diakoniewerke sein; sie kann sich dem für ihren Sitz zuständigen gliedkirchlichen Diakonischen Werk der EKD anschließen.

---

<sup>4</sup> Als christliche Kirchen werden Voll- oder Gastmitglieder der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) angesehen.



- (2) Innerhalb der Einrichtung gelten für Ordinierte Mitarbeiter des Bundes das Dienstrecht des Bundes und für alle anderen Mitarbeiter die „Ordnung für Mitarbeitervertretungen“ des Bundes<sup>5</sup> sowie für die dort genannten Streitfälle die Ordnung zur Gerichtsbarkeit des Bundes in der jeweils gültigen Fassung.

## **§ 7 Verlust des Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund**

- (1) Der Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund erlischt im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.
- (2) Der Bundesrat kann gemäß Artikel 19 Abs. 5 der Verfassung des Bundes auf Empfehlung des Präsidiums des Bundes den Status aberkennen, wenn die Voraussetzungen gemäß Artikel 19 Abs. 1 der Verfassung des Bundes nicht mehr erfüllt werden.
- (3) Das Präsidium des Bundes kann mit Zustimmung der Finanzsachverständigen des Bundesrates das Ruhen des Status beschließen, wenn eine Einrichtung die in dieser Ordnung genannten Voraussetzungen nicht erfüllt.  
Sofern gegen diese Entscheidung binnen eines Monats nach Eingang des Bescheides keine Überprüfung durch den Bundesrat beantragt wird, erlischt der Status.

## **§ 8 Schlussbestimmungen**

- (1) Das Präsidium des Bundes kann im Einzelfall auf Antrag Abweichungen von dieser Ordnung zulassen, wenn gewichtige Gründe vorliegen.
- (2) Bisherige „Werke unter der fördernden Obhut des Bundes“ erhalten den Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund, sobald sie gemäß § 1 Abs. 3 diese Ordnung anerkennen.
- (3) Die Übergangsfrist zu evtl. erforderlichen Änderungen bzw. Anpassungen der jeweiligen Satzung an diese Ordnung beträgt ein Jahr nach deren Inkrafttreten.
- (4) Diese Ordnung ist vom Bundesrat am 7. Mai 2005 beschlossen und vorbehaltlich der Genehmigung der vom Bundesrat am 7. Mai 2005 beschlossenen Verfassung des Bundes durch die Aufsichtsbehörde in Kraft gesetzt und am 18. Mai 2007 geändert worden; sie ersetzt die „Richtlinien für die Werke unter der fördernden Obhut des Bundes“ vom 7. November 1980 und deren Änderungen.

---

<sup>5</sup> Diese Ordnung vom 10. Mai 1997 gilt, „sofern sie (Einrichtungen im Status der Bekenntnisgemeinschaft mit dem Bund) die Geltung nicht ausdrücklich ausgeschlossen haben“; sie gilt nicht für ordinierte MitarbeiterInnen (Abschnitt 2 und 3 der Ordnung).